

Wetzel, Jan

Article — Accepted Manuscript (Postprint)

Zur Bedeutung gesellschaftlicher Zukünfte: Kontexte und Ergebnisse der Vermächtnisstudie

Evangelium und Wissenschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Wetzel, Jan (2018) : Zur Bedeutung gesellschaftlicher Zukünfte: Kontexte und Ergebnisse der Vermächtnisstudie, Evangelium und Wissenschaft, ISSN 0934-0769, Karl-Heim-Gesellschaft, Berlin, Vol. 39, Iss. 1, pp. 2-12

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/222870>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Beitrag ist ursprünglich in:
Evangelium und Wissenschaft 39 (2018), H. 1, S. 2-12
erschienen.

Zur Bedeutung gesellschaftlicher Zukünfte

Kontexte und Ergebnisse der Vermächtnisstudie

Jan Wetzel

Einleitung

Stetiger Wandel ist zunächst ein Grundkennzeichen der modernen Gesellschaft. „Zunächst“ deswegen, weil sie gleichzeitig — anders, als alle Gesellschaften zuvor — von erhöhter Sicherheit geprägt ist. Seit der frühen Neuzeit wurden zahlreiche Mittel entwickelt, um Vergangenheit und Zukunft zu binden. Es entstand die politische Planung, die Möglichkeit, auf Basis der Beobachtung der Vergangenheit die Zukunft zu gestalten.

Als zentraler Akteur dieser Planung entstand im 19. Jahrhundert der Sozialstaat, der den Rahmen einer allgemeinen Infrastruktur von Expertensystemen bildete. Diese ging einher mit einer hohen Normierung der Lebensmodelle. Seit mehreren Jahrzehnten wird dieses Arrangement aufgeweicht durch neue Formen, die sich mit dem Begriff der reflexiven Modernisierung fassen lassen. Die alten Institutionen verschwinden dabei nicht einfach, sondern werden ergänzt durch neue, flexiblere Formen. In diesem Zusammenhang findet auch ein Neuordnungsprozess der Erwartungshorizonte statt, vor denen die gesellschaftliche Entwicklung stattfindet.

Die Vermächtnisstudie ist ein empirischer Versuch, die Vielfalt dieser Horizonte zu erfassen. Sie rückt dabei Wünsche und Empfehlungen ins Zentrum und gleicht sie mit dem ab, was die Menschen über ihr Leben heute sagen und was sie tatsächlich für die Zukunft erwarten. Der Vergleich der drei Dimensionen von Sein, Sollen und Werden zeigt zum einen, was die Menschen aus ihrem heutigen Leben an die folgenden Generationen weitergeben möchten — ihr Vermächtnis. Zum anderen kann man

Ursprünglich erschienen in:
Evangelium und Wissenschaft 39 (2018), H. 1, S. 2

erfahren, was die Menschen erwarten: Wird das, was sie sich für die Zukunft wünschen, aus ihrer Sicht auch wirklich eintreten?

Die Erfindung der Zukunft als Möglichkeit politischer Planung

Der Abgleich dessen, was ist, mit dem, was sein soll, ist eine grundlegende Form von Reflexivität. Diese ist nichts grundsätzlich Modernes, sondern Grundbestandteil menschlichen Zusammenlebens. Variabel hingegen ist ihre Einbettung in den Prozess der Vergesellschaftung. So war in der Vormoderne Reflexivität auf Traditionen bezogen. Durch sie wurde Zukunft zur Fortsetzung der Vergangenheit. Die Tradition war nicht unveränderlich, aber doch relativ stabil, da sie nur von Generation zu Generation modifiziert wurde. Sie wirkte wie ein kollektives Gedächtnis und gab der vormodernen Gesellschaft Zusammenhalt. Gleichzeitig machte sie die Gesellschaft instabil gegenüber Veränderungen, da sie sich nicht auf plötzlichen Wandel, etwa in der ökologischen Umwelt einstellen konnte.

Seit Beginn der frühen Neuzeit wurde das „Dogma der Tradition“ durch Vernunft und Fortschrittsdenken mehr und mehr verdrängt. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, so die bekannte These von Lucian Hölscher, tat sich ein „Raum der Zukunft“ auf, eine säkularisierte Version des christlichen Himmelreiches, die die Erfüllung der Vorsehung in die Hand des Menschen legte. Veränderungen bedrohten die Gesellschaft nicht mehr, sondern wurden erstrebenswert, ja zu ihrer Grundtatsache. Die Unterschiede, die man zwischen Wunsch und Wirklichkeit immer wieder feststellen musste, waren kein Scheitern, sondern immer neue Herausforderung für bessere Planung.

Als wichtigster Agent dieser Planung entstand der Nationalstaat. Mit dem Anspruch auf eine umfassende Planung der Welt war es eine seiner wichtigsten Aufgaben, objektives Wissen über die Welt zu erlangen. Wirklichkeit wurde quantifizierend erfasst, um Modelle von ihr zu entwickeln und Gesetzgebung wie Verwaltung an ihnen auszurichten. Es entstanden Expertensysteme, die das Leben von der Wiege bis zur Bahre nach rationalen Kriterien hin organisierten. Der moderne Wohlfahrtsstaat ermöglichte dadurch beides: Eine dynamische, produktive Ökonomie bei gleichzeitig hoher Sicherheit in der Lebensplanung. Dies erforderte eine starke

Normierung der Lebensbereiche, was sich insbesondere in der Abstimmung von Arbeits- und Familienleben zeigte.

Reflexive Modernisierung

Seit den 1970er Jahren unterliegt diese moderne Form von Gesellschaft einer Krisenbeschreibung. Konstatiert wurden „Legitimationsprobleme“ des Wohlfahrtsstaates vor dem Hintergrund von Wirtschaftskrisen und gestiegenen Erwartungen. Die feministische Forschung zeigte die vergeschlechtlichte Ungleichheit, auf der die Institutionen aufbauten. Parallel dazu entwickelte sich ein Diskurs um die sogenannte Postmoderne. In diesem drückt sich bis heute das Gefühl aus, in einer der modernen Vergangenheit entgegengesetzten Zeit zu leben, wobei die Grundlagen der Erkenntnistheorie unzuverlässig geworden seien, so dass kein sicheres Wissen mehr bestehe. Die Geschichte erscheint, anders als es der moderne Fortschrittsgedanke vorsah, nicht mehr als zielgerichtet, wodurch das große gesellschaftliche Projekt seinen Sinn verliert.

Als eine dritte Form der Gesellschaftsdiagnose jenseits von modernen Krisen- und postmodernen Ablösungsdiagnosen hat sich die Vorstellung der reflexiven Modernisierung entwickelt. Hier werden die neuen Verunsicherungen gerade als Effekte von Modernisierung beschrieben. „Die Konstellationen der Risikogesellschaft“, so Ulrich Beck, „werden erzeugt, weil im Denken und Handeln der Menschen und der Institutionen die Selbstverständlichkeiten der Industriegesellschaft (der Fortschrittskonsens, die Abstraktion von ökologischen Folgen und Gefahren, der Kontrolloptimismus) dominieren. Die Risikogesellschaft ist keine Option, die im Zuge politischer Auseinandersetzungen gewählt oder verworfen werden könnte. Sie entsteht im Selbstlauf verselbständigter, folgenblinder, gefahrenrauber Modernisierungsprozesse. Diese erzeugen in der Summe und Latenz Selbstgefährdungen, die die Grundlagen der Industriegesellschaft in Frage stellen, aufheben, verändern.“

Alte Gegebenheiten und Lösungsansätze bestehen dabei neben neuen anderen weiter. Zur alten Form der Kernfamilie gesellten sich diverse neue Formen. Neben der klassischen Form des fordistischen Unternehmens etablierten sich die neuen Formen der Netzwerkorganisation. Zum klassischen „Normalarbeitsverhältnis“ kommen neue, flexibilisierte

Arbeitsformen hinzu. Und neben die herkömmlichen Formen disziplinärer Grundlagenforschung treten nun diverse Formen transdisziplinärer Forschung. „Gerade diese Gleichzeitigkeit von Altem und Neuem“, so Wolfgang Bonß und Christoph Lau, „macht es so schwierig, den Wandel eindeutig zu diagnostizieren oder gar als klaren Bruch zu beschreiben.“

Ebenso verschwindet auch der Nationalstaat nicht, sondern wird ergänzt und herausgefordert durch neue Akteure unter- und oberhalb seiner Ebene. Hierzu gehören internationale Nichtregierungsorganisationen, aber auch neue demokratische Verfahren jenseits der parlamentarischen Repräsentation. Sie erweitern die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten, individualisieren diese jedoch auch und können damit zu einer Steigerung und Verfestigung sozialer Ungleichheit führen. Hinzu kommen neue Dynamiken demokratischer Politik, insbesondere durch eine veränderte demokratische Öffentlichkeit in der „monitory democracy“.

(Normative) Erwartungshorizonte als Gegenstand der Soziologie

Die Debatte über Zukunft wird derzeit dominiert von prognostischem Wissen. Insbesondere ist die Frage, wie Big Data und Künstliche Intelligenz bessere Vorhersagen über gesellschaftliche Entwicklung und damit effizientere Planung ermöglichen. Das Versprechen der neuen Technologien liegt darin, dass keine Theorien mehr notwendig seien, um Vorhersagen über die Entwicklung von Gesellschaft zu treffen. Stattdessen werden Armut und Naturkatastrophen durch die neue Technologie ebenso vorhersagbar wie Terroranschläge.

Doch mit dem technischen Ausbau der „predictive function“ staatlicher Apparate werden die Nebenfolgen der „radikalisierten Moderne“ nur gesteigert. Zwar ermöglicht die Technologie zumindest partiell bessere Vorhersagen. Gleichzeitig macht die Gesellschaft die Erfahrung, dass diese sich immer wieder auch als falsch herausstellen. Unintendierte Nebenfolgen von Planung werden sichtbar. Es entsteht ein Bewusstsein für die Zirkularität des gesellschaftlichen Wissens: Neue Erkenntnisse erweitern nicht notwendigerweise die Durchschaubarkeit der sozialen Welt, sondern verändern ihr Wesen selbst und erfordern so neue Erkenntnisgewinne, die wiederum auf die soziale Welt zurückwirken.

Nicht als Ausweg, aber doch als neue Umgangsform mit diesen Problemen hat Anthony Giddens die Idee eines „utopischer Realismus“ formuliert. Zukunftsziele sollen explizit so formuliert werden, dass sie einen Einfluss auf die weitere Entwicklung nehmen können. Jedoch nicht im Sinne moderner Planung, die von oben nach unten, das heißt — abgelöst vom Rest der Gesellschaft — durch die Expertensysteme der Nationalstaaten umgesetzt wird. Sondern als ein System, das die neue Vielgestaltigkeit der institutionellen Ordnung reflektiert und einsetzt.

In diesem Zusammenhang kommt es auch zu einer substanziellen Aufwertung der normativen Blicke auf Zukunft. Diese sind nicht einfach mehr bloß subjektive Wünsche, die objektiven Prognosen entgegengestellt sind, sondern selbst Teil der Beschreibung von Erfolgsbedingungen gesellschaftlicher Planung. Gleichwohl gibt es bisher keine großen Anstrengungen in der soziologischen Zukunftsforschung, diese normative Dimension ins Zentrum zu stellen. Unter dem Begriff der „Wunschforschung“, die dies thematisiert, finden sich wenige Beiträge.

Ansatz der Vermächtnisstudie

Die Vermächtnisstudie lässt sich als ein solcher Versuch verstehen, die normative Dimension von Zukunft vor dem Hintergrund von Lebenserfahrungen und der Entwicklung, die man erwartet, zu erfassen. Der methodisch neue Ansatz besteht somit darin, nicht allein Aussagen über aktuelles Verhalten, Einstellungen oder Meinungen abzufragen. Stattdessen werden drei Dimensionen verbunden. In einem ersten Schritt wird danach gefragt, wie die Befragten auf ihr eigenes Leben heute blicken. Hierbei kann es sich einerseits um tatsächliches Verhalten handeln, etwa, wenn wir danach fragen, wie sehr man auf die Herstellungsbedingungen von Lebensmitteln achtet. Andererseits fragen wir hier auch nach persönlichen Orientierungen, wenn es etwa darum geht, wie wichtig es einem ist, auf die Gesundheit zu achten.

In einem zweiten Schritt wird nach demselben Thema, nun aber dem Wunsch oder der Empfehlung an nachfolgende Generationen gefragt. Hier handelt es sich um die normative Ebene. Drittens schließlich fragen wir — „mal von ihren eigenen Wünschen abgesehen“ - nach den Erwartungen, wie sich die Zukunft tatsächlich entwickeln wird. Hierin liegt

sowohl eine Reflexion der Entwicklungen, die man heute in der Gesellschaft beobachtet, als auch eine Prospektion, wie sich diese Entwicklungen in Zukunft fortsetzen werden oder nicht.

Von besonderem Interesse ist die Verknüpfung der Dimensionen. Im Vergleich der Angaben über das Leben heute und den Wunsch für die Zukunft lässt sich testen, ob die Menschen so leben, wie sie es sich für die Gesellschaft insgesamt wünschen. Findet sich eine Entsprechung, können wir von einer Zufriedenheit mit dem Leben heute ausgehen. Ist dies nicht der Fall, gehen wir von einer Unzufriedenheit aus, wobei offenbleibt, wie sich diese in das eigene Verhalten übersetzt.

Der zweite Vergleich betrifft den Wunsch und die erwartete Zukunft. Wenn sich hier eine Entsprechung findet, sprechen wir von Zuversicht. Die Wünsche für die Zukunft werden sich erfüllen. Finden wir keine Entsprechung, so sprechen wir von Sorge. Die Wünsche für die Zukunft werden sich aller Voraussicht nach nicht erfüllen.

Der Vorteil dieses methodologischen Ansatzes ist es, die Vielfalt gesellschaftlicher Zukünfte empirisch sichtbar zu machen. Zukünfte werden auf verschiedenen Ebenen hergestellt. Sie beziehen sich auf verschiedene Orte, Räume und soziale Sphären. Und sie beziehen sich auf verschiedene Sphären der Gestaltungsmacht. So gelten manche Bereiche eher in der Hand von Wirtschaft oder Politik. Andere Bereiche liegen in der Verantwortung des Individuums, manche gelten vielleicht als Schicksal.

Im Folgenden werden drei Ergebnisse skizziert. Die Daten der zugrundeliegenden Auswertung stammen aus einer Erhebung im Sommer 2015. Es wurden 3.014 Personen mündlich befragt. Ein Interview dauerte etwa 120 Minuten. Die Ausschöpfungsquote war trotz dieser außergewöhnlichen Länge sehr hoch, so dass wir auf eine hohe Datenqualität schließen können.

Erstes Beispiel: Alte und neue Bedeutung von Erwerbsarbeit und Vermögen

Ein erstes wichtiges Ergebnis der Vermächtnisstudie liegt darin, dass sich starke Normen finden lassen, also Orientierungen, bei denen wir hohe Zustimmungsraten in allen Teilen der Bevölkerung finden. Besonders deutlich wird dies beim Thema der Erwerbsarbeit. Diese ist den Menschen

äußerst wichtig, und zwar in den klassischen Konturen des Normalarbeitsverhältnisses. Dieses basiert auf einem auf Dauer angelegten Arbeitsvertrag, einem festen, an Vollzeitbeschäftigung orientierten Arbeitszeitmuster, meist einem tarifvertraglich normierten Lohn oder Gehalt sowie der Sozialversicherungspflicht.

So finden wir sehr hohe Zustimmungsraten bei allen Fragen, die sich um diese Form der Erwerbsarbeit drehen. Ebenso gilt dies für das Vermächtnis. Fast alle der Befragten wünschen sich, dass es so bleibt und weitergeht, wie es heute ist. Das heißt, die Befragten sehen keine normative Notwendigkeit, dass Arbeit in Zukunft anders aussehen soll, als sie es heute tut. Eher steigen die Zustimmungsraten noch. Bei der Erwartung für die Zukunft sehen wir indes eine große Unsicherheit. Nur wenige Befragte glauben, dass es auch so kommen wird, wie sie es sich wünschen. Viele sind unsicher, manche echte Pessimisten.

In diesem Bild spiegeln sich die Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft steht. Vor dem Hintergrund neuer Unsicherheiten der Arbeitswelt, seien es prekäre Beschäftigungsformen oder drohende Automatisierung, gewinnt das zumindest zeitweise als zu unflexibel abgeschriebene Normalarbeitsverhältnis an neuer Attraktivität. Zwar schränkt es Freiheitsgrade ein, garantiert aber gleichzeitig Sicherheit in der Lebensplanung, die individuelle Selbstentfaltung, insbesondere durch Familiengründung, erst ermöglicht. Doch die wenigsten glauben, dass man sich in Zukunft darauf verlassen kann, ein solches Arbeitsverhältnis zu haben.

Zuversicht in ökonomischen Fragen findet die Gesellschaft im Gegenzug am ehesten im Vermögen. Auch bei den Fragen zu diesem Thema finden wir über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg eine hohe Zustimmung: Was man hat, soll in der Familie bleiben und vererbt werden. Auch den nachfolgenden Generationen wird empfohlen, dies so zu halten. In die Zukunft blickt man hier aber mit Zuversicht. Die Befragten gehen überwiegend davon aus, dass sich ihr Vermächtnis auch realisieren wird.

Vermögen droht damit die Funktion von Erwerbsarbeit zu ersetzen, deren Sicherheits- und Aufstiegsversprechen zwar noch gilt, das sich aber angesichts konjunkturellen Schwankungen, technischer Automatisierung und Präkarisierung der Arbeit nur noch selten erfüllt. Nicht allein als finanzielles Polster, sondern als Ermöglichter von Lebensplanung jenseits klassischer Biografien überhaupt, gewinnt das Erbe somit an neuer sozial

struktureller Bedeutung. Hierin spiegelt sich der seit einigen Jahren beobachtete Wandel von der meritokratischen hin zur Rentier-Gesellschaft.

Zweites Beispiel: Unsichtbare Vielfalt im Familienleben

Parallel zu den Arbeitsverhältnissen hat sich auch im Familien- und Liebesleben eine neue Vielfalt entwickelt. Sozialhistorisch gesehen kehrt damit wieder gesellschaftliche Normalität ein, war bis ins 19. Jahrhundert eine große Vielfalt der Formen, in denen die Menschen zusammenlebten, doch die Regel. Die hohen Sterblichkeitsraten führten dazu, dass es viele Stieffamilien und Alleinerziehende gab. Zahlreiche familienfremde Personen waren Teil des Haushaltes. Und auch außerehelicher Geschlechtsverkehr gehörte zum Alltag.

Mit der Entstehung der Sozialstaaten im 19. Jahrhundert fand dann eine Standardisierung dieser Formen statt. Wohnungsbau, Hygiene und Erziehung trugen dazu bei, dass die Menschen begannen, überwiegend in Kleinfamilien zusammenzuleben. Wenn die Realität auch hier anders aussah und es weiterhin eine gelebte Vielfalt neben Ehe und Kleinfamilie gab, so bot diese doch eine nicht zuletzt rechtlich festgeschriebene Erwartungssicherheit. In den Konsumgesellschaften des 20. Jahrhunderts gewann sie einen zusätzlichen Sinn als Verbrauchergemeinschaft, auf die die gesamte Warenproduktion abgestimmt wurde.

Seit den 1970er Jahren ist ein Aufbrechen dieser Ordnung zu beobachten. Nichteheleiche oder homosexuelle Formen des Zusammenlebens sind kaum mehr anstößig. Das Leben als Single wird gar zu einer neuen Normalität. Entsprechend lautet die These oft, dass Verbindlichkeitswerte verloren gingen, auch das Liebes- und Familienleben der individuellen Gestaltung des Lebens untergeordnet werde. In der Vermächtnisstudie zeigt sich indes ein anderes Bild.

Zwar geben nur 11 Prozent an, dass sie im Leben immer Rücksicht auf ihre Nächsten genommen haben. Lediglich 26 Prozent sagen, dass sie wichtige Entscheidungen im Leben „nur aus Liebe zu einem Partner oder einer Partnerin“ getroffen, beispielsweise „ein Jobangebot abgelehnt oder angenommen, die Heimat verlassen, einen Abschluss nicht gemacht“ haben. Doch die eigentliche Nachricht ist eine andere: Die Antworten

verteilen sich erstaunlich gleichmäßig über die ganze Skala von ausdrücklicher Zustimmung bis vehementer Ablehnung.

Auch im Vermächtnis geben die meisten der Befragten unverändert an die nachfolgenden Generationen weiter, was sie über ihr Leben heute sagen. Sie leben also ganz unterschiedlich und sind sich auch uneins darüber, wie es in Zukunft sein soll. Positiv gesprochen: Vielfalt besteht und soll auch bestehen bleiben.

Dies gilt auch für die Zukunftserwartungen. Die meisten glauben, dass es so kommen wird, wie sie es sich wünschen. Die hohe Zuversicht, dass die eigenen Wünsche auch denen der Gesellschaft insgesamt entsprechen, bedeutet, dass man die ganze Vielfalt der Einstellungen bei anderen Menschen gar nicht wahrnimmt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass sich diese Einstellungen nicht einfach individuell, sondern sozialstrukturell unterscheiden. Wer höher gebildet ist und mehr verdient, dem ist Unabhängigkeit mehr wert — und er kann sie sich auch leisten.

Drittes Beispiel: Generationale Unterschiede in der Haltung zu digitaler Kommunikationstechnik

Digitale Kommunikation gehört zum Alltag. Zwar schließt sich die Lücke zwischen den Generationen — immer mehr ältere Menschen nutzen ganz selbstverständlich Smartphones. Dennoch bleiben Unterschiede bestehen, geht man davon aus, dass sich Haltungen zu Technik auch danach unterscheiden, wie vertraut man mit ihnen ist. In der öffentlichen Debatte wird oft unterschieden zwischen „Digital Natives“, also denjenigen, die ganz selbstverständlich mit dem Internet aufgewachsen sind, und „Digital Immigrants“, also denjenigen, die sich die Technik erst später im Leben angeeignet haben.

Eine Technik zu nutzen, das bedeutet nicht allein eine Kompetenz der Benutzung, sondern auch einen Erfahrungsraum, vor dessen Hintergrund normative Haltungen entstehen. Diese können in der Vermächtnisstudie thematisiert werden. Es zeigt sich, dass unverändert große Unterschiede zwischen den Generationen bestehen. Geht es aber um das Vermächtnis, nähern sie sich deutlich an — aus entgegengesetzten Richtungen. Die Älteren empfehlen, digitale Medien stärker zu nutzen - die Jüngeren hingegen wollen, dass vieles wieder mehr so wird „wie früher“. Sie sind

Ursprünglich erschienen in:

Evangelium und Wissenschaft 39 (2018), H. 1, S. 10

dafür, zum Arzt zu gehen, anstatt Symptome zu googeln. Sie plädieren dafür, mehr per Hand zu schreiben, als sie selbst es heute tun, und Gefühle öfter persönlich und nicht per Smartphone mitzuteilen.

Deutlicher noch zeigen sich die Unterschiede zwischen den Generationen, wenn es darum geht, ob man Kinder früh an das Internet heranzuführen sollte. Nur 12 Prozent der 14- bis 17-Jährigen sprechen sich klar dafür aus. Die Hälfte lehnt es eindeutig ab. Die über 65-Jährigen erscheinen hier sehr viel aufgeschlossener. Ein Drittel von ihnen rät dazu, Kinder früh mit dem Internet vertraut zu machen, nur ein Viertel ist dagegen.

Was die Generationen für die Zukunft empfehlen, unterscheidet sich also deutlich weniger als die Vorstellungen, die ihr Leben heute prägen. In dieser Hinsicht besteht kein grundsätzlicher Konflikt zwischen Jung und Alt. Beide Altersgruppen distanzieren sich in ihrem „Vermächtnis“ von ihrer augenblicklichen Praxis: Die Älteren sind offen für den technischen Fortschritt, wenn es um digitale Kommunikationsmittel geht. Dabei werden sie ihren Ansprüchen oft nicht gerecht, weil sie im Umgang mit der Technik nicht mithalten können. Die Jungen hingegen nutzen digitale Medien selbstverständlich — meist mehr, als ihnen selbst lieb ist.

Die politische Konstitution gesellschaftlicher Zukünfte

Zukunft ist keine objektive Größe. Vielmehr ist sie ein Horizont, in den sich eine Gesellschaft selbst hinein entwirft. Die Ausführungen haben gezeigt, dass sich ihre Rolle jedoch geändert hat. Ihre Selbstverständlichkeit kann sie nicht mehr aus Tradition gewinnen. Aber auch der Fortschritt, organisiert durch die Expertensysteme des Sozialstaats, ist nicht mehr selbstverständlich. Sowohl gesellschaftliche wie individuelle Ziele können in diesem Prozess ihre Verbindung mit den institutionellen Mitteln ihrer Erreichung verlieren. Es entsteht dann, der Definition von Robert K. Merton folgend, Anomie.

Und in der Tat ist die deutsche Gesellschaft beim Thema Einkommen und Vermögen dadurch geprägt, was Merton als „Ritualismus“ beschrieben hat. Man hält zwar an den Mitteln fest, die einmal Sicherheit und Wohlstand garantierten, während man gleichzeitig glaubt, dass diese in Zukunft nicht mehr helfen werden. Um diesen Widerspruch zu kompensieren, werden

Ursprünglich erschienen in:

Evangelium und Wissenschaft 39 (2018), H. 1, S. 11

die Erwartungen schrittweise nach unten korrigiert. Es gilt zu retten, was zu retten ist.

Dass es anders geht, zeigt das Beispiel digitaler Kommunikationstechnik. Hier sagen sowohl junge als auch alte Menschen, dass es in Zukunft anders sein soll, als es heute ist. Das erstaunliche ist daran, dass wir es nicht einfach mit einem linearen Fortschritt zu tun haben. Im Vermächtnis triumphiert nicht das Neue über das Alte. Es ergibt sich die Möglichkeit intergenerationaler Verständigung, die zu nutzen wäre.

Die Beispiele zeigen, dass es lohnenswert ist, stärker zu erforschen und deutlicher zu formulieren, was diese Gesellschaft von sich erwartet, was die Menschen von sich erwarten, was die Gesellschaft von den Menschen erwartet und die Menschen von ihrer Gesellschaft - und wie diese Erwartungen miteinander verbunden sind. Die Gestaltbarkeit von Zukunft kann somit als Ressource verstanden werden für eine Verständigung über normative Horizonte der gesellschaftlichen Entwicklung.

Dazu braucht es einerseits neue empirische Instrumente. Andererseits werden neue verständliche Begriffe und Bilder notwendig, so dass trotz - oder besser: mit — einer durch digitale Medien neu strukturierten Gleichzeitigkeit ungleichzeitiger Konflikte Möglichkeiten gefunden werden, die zerstörerische Kraft sozialer Ungleichheit politisch einzufangen.

Jan Wetzel, M.A., Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung Reichpietschufer 50, 10785 Berlin [jan.wetzel@wzb.eu] ist dort Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Projektgruppe der Präsidentin. Seit 2014 ist er Mitarbeiter in der Vermächtnisstudie, einem gemeinschaftlichen Projekt des Wissenschaftszentrums Berlin, der Wochenzeitung Die Zeit und dem infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft
